

versitätsprofessor in Dresden. Wir kennen uns schon lange von der Arbeit in der Gauck-Behörde, wo er vorher war. Ich freue mich, Herrn Professor Dr. Peter Reichel neben Herrn Dr. Fischer begrüßen zu können. Herr Reichel kommt aus Hamburg, ist dort Professor für politische Wissenschaft und historische Grundlagen der Politik. Dann darf ich begrüßen Herrn Professor Dr. Manfred Overesch, der von der Universität Hildesheim zu uns gekommen ist. Er ist dort Ordinarius für Geschichte und Didaktik der Geschichte. Und damit, meine Herren, habe ich Sie vorgestellt, so gut das jetzt ging. Ich freue mich, wenn Sie jetzt unter der Leitung von Professor Dr. Manfred Wilke einen wichtigen Beitrag leisten mit empfehlenden Hinweisen für eine Gedenkstättenkonzeption aus den verschiedenen Sichten heraus, denn das ist unsere Hauptaufgabe.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Es ergeben sich aus der Aufteilung gewissermaßen zwei Blöcke. Zum einen wird der Kollege Henke noch einmal über den Hintergrund dieser zwei Diktaturen sprechen, dem die Gedenkstättenkonzeption unserer Kommission gerecht werden muß. Kollege Reichel wird noch einmal die Erinnerungskultur in Erinnerung rufen, wie sie sich in der alten Bundesrepublik ausgebildet hat. Kollege Overesch wird über den politischen Gebrauch des Antifaschismus in der DDR, den wir als Mißbrauch bezeichnen, noch einmal informieren und über das, was Herr Fischer dazu beizutragen hat, hat unser Vorsitzender das Nötige gesagt. Ohne langen Verzug, Herr Kollege Henke, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, in dieser Phase der Überlegungen der Enquete-Kommission einen ganz konkreten Vorschlag zu machen. Und ich will versuchen, diesen Vorschlag einzubinden in einige allgemeine Aspekte doppelter Diktaturerfahrung in diesem Land.

Die Debatte über Trauern, Gedenken und Lernen im einzigen Land mit doppelter Diktaturerfahrung mußte wohl zwangsläufig zwischen zwei Extrempositionen verlaufen. An dem einen Extrempol, und davon war heute schon die Rede, verschwinden nationalsozialistische und kommunistische Diktatur gemeinsam hinter pauschalen Etiketten: Etiketten wie „politische Gewaltherrschaft“ oder „totalitäre Regime“. Das Ergebnis ist hier, wie ich das nennen würde, eine nivellierende Enthistorisierung. Am anderen Extrempol dieser Diskussion erscheinen die beiden Diktaturen als antagonistische Herrschaftsformen sui generis ohne irgendwelche gemeinsamen Elemente. Das Ergebnis ist eine isolierende Historisierung dieser Diktaturen. Diese beiden Positionen, so denke ich jedenfalls, konnten in der ungeheuer lebendigen und zum Teil ja auch aufgewühlten Gedenkstättendebatte seit 1990 zu extremistischen Positionen marginalisiert werden. Das ist sicherlich ein Ergebnis. Und erreicht wurde dies in einem gemeinsamen permanenten Gespräch zwischen den Opfern beider Diktaturen – denen dabei übrigens am meisten abverlangt worden ist –, zwischen Politikern, Wissenschaftlern und Publizisten und auch den Praktikern in den Gedenkstätten, die dabei die schlimmsten Anfeindungen zu ertra-

gen hatten. Das Resultat war eine Schärfung der Wahrnehmung von NS-Staat und SED-Staat in ihrer je eigenen historischen Gestalt. Und nach dieser großen sieben- oder achtjährigen Debatte ist es sehr viel schwerer geworden, die doppelte Diktaturerfahrung zu politisieren und bei dieser Politisierung im übrigen die Würde der Opfer zu verletzen. Und es ist auch schwieriger geworden – aus welchen Motiven auch immer – die Nazis hinter den Kommunisten verschwinden zu lassen, aber auch umgekehrt. Diese Debatte über unsere zersplitterte Geschichte hat den Weg dafür ebnen helfen, daß der Toten und Gequälten beider Diktaturen unabhängig davon gedacht werden kann, im Namen welcher Ideologie sie terrorisiert worden sind, nämlich einfach als Menschen, die in ihrer Würde angetastet und ihres Rechtes auf Leben und Unversehrtheit beraubt worden sind. Dieses gemeinsame Gedenken, so glaube ich, ist die emotionale Quintessenz der Erfahrung mit zwei Weltanschauungsdiktaturen. Die intellektuelle Quintessenz der Debatte ist die Erkenntnis, daß es immer auf Kosten des einzelnen geht, wenn die Ideen von 1789 im Namen kollektiver Werte ausgerangiert werden. Die einzigartigen Gegebenheiten in Deutschland erlauben es, in unseren Gedenkstätten die erste und die zweite deutsche Diktatur je für sich zu analysieren und zugleich aber auch zu zeigen, daß weder der Nationalsozialismus noch der Kommunismus singuläre geschichtliche Abirrungen gewesen sind, sondern zwei Komponenten eben des einen Kampfes zwischen Demokratie und Diktatur, der von heute aus wohl als die Hauptsignatur des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts verstanden werden muß.

Meine Damen und Herren, ein gewisses Defizit der zurückliegenden Gedenkstättendebatte scheint mir freilich in einer Verkürzung von politischem Terror auf Mordlager und U-Haft und in der Verkürzung des Kommunismus auf den Stalinismus zu liegen. Dadurch besteht die Gefahr, daß die Subtilisierung von Verfolgung und Schurigelung Mißliebiger und Oppositioneller im späten Staatssozialismus, also der unsichtbare und der lautlose Terror, wie das genannt worden ist, unterbelichtet bliebe, der doch für Jahrzehnte des späten Staatssozialismus in der DDR und anderswo gerade das Typische ist - eben nicht das Lager, eben nicht der GULAG. Diese Konzentration auf den sichtbaren harten Terror à la Hitler und Stalin als die brachialste Ausprägung totalitären Verfügungsanspruchs ist freilich ganz verständlich. Erstens sind dadurch allein in Deutschland Hunderttausende getötet worden, derer wir gedenken müssen. Zweitens materialisiert sich in Form von Gedenkstätten dieser brachiale Terror sehr gut, er wird sichtbar in Typhus-Baracken, in Genickschußanlagen, in Krematorien und Folterkellern. Dieser harte Terror hat einen authentischen Ort, den man besuchen kann und den man zu einem Lernort erweitern kann. Die lautlose Verfolgung im avancierten Totalitarismus spätsozialistischer Provenienz hat solche Orte nicht. Dieser leise Terror ist auch viel schwerer faßbar. Er wirkte diffuser in die unterworfenen Gesellschaft hinein. Er ist didaktisch nicht einfach und überhaupt nur als ein hochintegrierter Verfolgungs- und Disziplinierungsmechanismus im Kontext des Regimes selbst darstellbar. Er ist komplizierter. Der Lern- und Gedenkort, an dem Zersetzung, Bedrängung und Gängelung im späten Staatssozialismus zum Thema gemacht

werden müssen, kann deswegen nach meiner Überzeugung nur der Ort der Täter sein. Und der einzige dafür geeignete Ort der Täter ist das Hauptquartier Erich Mielkes in der Normannenstraße in Berlin-Lichtenberg, nicht weit von hier. Er darf meiner Auffassung nach in einer nationalen Gedenkstättenkonzeption nicht fehlen.

Ich möchte in einem zweiten Teil meinen Vorschlag, hier in Berlin neben einer „Topographie des Terrors“ eine, sagen wir, „Anatomie des SED-Sozialismus“ zu haben, noch von einer mehr theoretischen Seite her zu untermauern versuchen. Und dabei darf ich mir vor einem Forum wie diesem ganz gewiß sparen, näher auf die beträchtlichen Unterschiede zwischen diesen beiden Diktaturen, die heute im Laufe des Tages ja oft angesprochen worden sind, einzugehen. Ich möchte es bei dem Hinweis dazu belassen, daß die zweite deutsche Diktatur unmenschliche Praktiken hatte, und daß die DDR von ihrem ganzen Zuschnitt her eines mündigen Menschen wahrlich unwürdig gewesen ist, daß sie aber kein menscheitsfeindliches Regime wie die erste deutsche Diktatur gewesen ist. Sie hat weder definiert noch hat sie danach gehandelt, wer ein Lebensrecht auf Erden haben soll und wer kein Lebensrecht haben soll.

Gedenkstätten in einem Land mit nationalsozialistischer und kommunistischer Vergangenheit sind neben Orten der Trauer und des Gedenkens Orte der Demokratiesicherung. Denn wir setzen uns ja nicht deswegen mit der Vergangenheit auseinander, um nicht zu vergessen, sondern um als einzelne wie als Gemeinwesen urteilsfähig zu bleiben. Die Gedenkstätten sind Orte der Aufklärung über die Brüchigkeit der Zivilisation insgesamt, und sie sind Orte der Aufklärung darüber, was dem Bürger in Systemen droht, die nicht demokratisch, sondern lediglich weltanschaulich legitimiert sind. Und, darüber besteht kein Zweifel, Weltanschauungsdiktaturen waren NS-Staat und SED-Staat gleichermaßen. Beide Diktaturen haben die rechtstaatliche Demokratie, ihre Ordnungsprinzipien und ihr Menschenbild immer bekämpft, und zwar bis zum Schluß. Beide Regime waren entschlossene Antagonisten des demokratischen Staats- und Gesellschaftsmodells, wie es im Grundgesetz fixiert ist. Das ist eine weitere Quintessenz unserer doppelten Diktaturerfahrung, die noch nicht überall durchgesickert ist. Im universalistisch hyper-rationalen Marxismus-Leninismus ganz genauso wie im gesellschaftsbiologisch-irrationalen Nationalsozialismus bezog eine sogenannte Avantgarde aus ihrer vorgeblichen Einsicht in ein vermeintliches Entwicklungsgesetz der Geschichte, das es in Wirklichkeit überhaupt natürlich nicht geben kann, ihr Wissensmonopol und damit auch gleich ihr politisches Verantwortungsmonopol. Und Wesensmerkmal beider Regime war, nach einer bekannten Definition, ihr Versuch, tatsächlich ein neues gesellschaftliches Wertungssystem gewaltsam durchzusetzen; so wie das auch passiert ist in beiden Diktaturen. Historisch bedeutete das im Nationalsozialismus wie im Staatssozialismus folgendes: Eroberung des Staates durch eine Weltanschauungspartei; Gleichschaltung und Umbau der Gesellschaft; Indoktrinierung und Umerziehung; Prinzipielle Intoleranz; sodann die berühmte Erfindung und auch die Präparierung und Bekämpfung feindlich-negativer Elemente und sogenannter objektiver Gegner. Hinzu kommt die uni-

versale Verdächtigkeit und die Umprägung von Worten und Werten in beiden Diktaturen. Die Parallelen, so meine ich, sind unübersehbar. Wenn die Wirklichkeit sich dann auch nicht in dem gewünschten Maße in Fiktion verwandeln ließ, wie Hannah Arendt das nannte, wenn die Menschen sich dieses Verfügungsanspruches auch immer besser zu entziehen verstanden mit den Jahren, wenn also nach einer Binsenwahrheit auch der Totalitarismus niemals total sein konnte, so gaben beide Weltanschauungsdiktaturen ihren Verfügungsanspruch auf den einzelnen andererseits aber niemals wirklich auf, bis in den Oktober und November 1989 hinein. In allen Weltanschauungsdiktaturen ist offenbar allein die Geheimpolizei in der Lage in dem Ausmaß für Information, für Prävention, für Manipulation und für Repression zu sorgen, das von den Weltanschauungsmonopolisten – sei es nun ein Führer oder ein Politbüro – für unerlässlich gehalten wird. Und die ratio der Geheimpolizei lautet in beiden Regimen gleich: Verabsolutierung des Gegnerprinzips; Perversion des Vorbeugeprinzips; Verallgemeinerung der ideologischen Feindvorstellung und schließlich totalitärer Verfügungsanspruch über den einzelnen, der sich selbstverständlich nicht immer realisieren läßt.

Bei Diktaturen mit langer Lebensdauer vollzieht sich nach und nach eine Abkehr vom offenen Terror hin zu subtilisierten Verfolgungs- und Unterdrückungsmethoden, eben zu jenem leisen Terror der Zersetzung, Deformierung, Bedrückung und Gängelung des Bürgers. Dieser leise Terror entfaltet sich im engen und geräuschlosen Zusammenwirken – politisch-operatives Zusammenwirken hieß das in der DDR, POZW, wie alles andere auch abgekürzt – mit den übrigen Organen von Partei und Staat. Es ist nicht die Staatssicherheit allein, und es können in diesem Zusammenwirken alle notwendigen Register konspirativer, amtlicher, polizeilicher und sogar juristischer Möglichkeiten gezogen werden. Wir haben das in den Verfahren gegen Havemanns Richter ja analysiert im Lauf dieses Prozesses. Die Geheimpolizei ist nur das Leitorgan in diesem eingespielten hochintegrierten Unterdrückungsmechanismus. Man brauchte im Spätsozialismus niemanden mehr wie früher in krudem Terror zu brechen oder schlicht verschwinden zu lassen. Eine wissenschaftlich und operativ ertüfelte und von einem Heer von Helfern aus Partei und Staatsapparat mitgestaltete Subtilisierung der Repression tat es jetzt auch. So ist es unabdingbar, die Verfolgungsstruktur immer im engen Zusammenhang mit der Regimestruktur zu betrachten, sei es im SED-Staat, sei es im NS-Staat. Das heißt, eine Erläuterung der Funktionsweise von Verfolgung aber auch von Opposition ist nur gemeinsam mit der Funktionsweise des Regimes erklär- und erläuterbar und transparent zu machen für denjenigen, der in eine Gedenkstätte kommt.

Diese Verfolgungsstruktur, meine Damen und Herren, im avancierten Totalitarismus der zweiten deutschen Diktatur hätten wir ohne die Öffnung der Stasi-Unterlagen niemals entdecken können. Das ist ein weiterer großer Verdienst dieser Aktenöffnung. Ich beschreibe das alles hier so eingehend, weil ich auf die konstitutive Bedeutung dieser Unterdrückungsstruktur für den SED-Sozialismus und vermutlich für den späten Staatssozialismus generell auch in an-

deren Ländern aufmerksam machen möchte. Ich tue das außerdem, weil wir es hier mit elaborierten Techniken zu tun haben. Techniken, die als mögliche künftige Gefährdung unserer Bürgerfreiheit im modernen Staat wohl eher vorstellbar sind als die Wiederkehr der Methoden Hitlers und Stalins. Diese Art KGB-Sozialismus der 70er und 80er Jahre, der derzeit nur in Deutschland ungehindert erforschbar ist, hat überdies eine internationale Dimension, einen internationalen Kontext, denn Polen, Russen, Tschechen oder Bulgaren waren davon ja ganz genauso betroffen wie die Bürger in Ostdeutschland. Wir müssen den avancierten Totalitarismus der späten DDR schließlich auch deswegen breit in unseren Gedenkstätten präsentieren, weil es Menschen gibt, die ein Interesse daran haben, die eben verflossenen Honecker-Jahre als eine Art altersmilden Staatssozialismus in Rosa zu färben. Ich meine, daß so ein zentrales Phänomen der Diktaturerfahrung einen authentischen und – das ist wichtig – einen prominenten Gedenk- und Lernort haben muß. Die komplett erhaltene Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin sollte deswegen in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes aufgenommen werden. Ich wiederhole mich damit.

Ich gebe diese Empfehlung auch deswegen, weil ich die totalitäre Versuchung nicht für ein erledigtes Phänomen halte, sondern für eine permanente Herausforderung aller Demokratien. Und die beträchtliche Verführungskraft des Totalitären rührt nämlich nicht unbedingt nur davon her, welche Ideologien uns nationalsozialistische, kommunistische oder noch erscheinende Propheten einzutrichern versuchen, sondern diese Verführungskraft hängt mindestens so sehr davon ab, wie diese Botschaften an den Mann gebracht werden. Ihre zeitweise unwiderstehlich wirkenden Appelle des Unbedingten und der Glaubensgewißheit, der Zukunftssicherheit entzündeten sich bei ihren Adressaten, bei uns allen, also bei ganz normalen Menschen mindestens so sehr im Affektiven wie im Rationalen. Zum Zweiten sind die Zutrittsportalen der totalitären Versuchung gar nicht so sehr die vorgeblichen Sehnsüchte der Menschen nach Heroismus oder die Sehnsüchte nach Bewegung, wie bei den Nazis, oder nach Egalität, sondern viel eher sein zeitloses Bedürfnis nach Sinn und sein angeborenes Verlangen nach Sicherheit im Sozialen und nach Überschaubarkeit des Lebens. Psychologische Disposition und soziale Motivation also als Hauptadressaten totalitärer Ideologien – und diese Dispositionen werden erst mit dem Menschen selbst verschwinden. Das ist eine weitere Lehre aus unserer doppelten Diktaturerfahrung, die aufzunehmen wäre, und zwar durchaus aus aktuellen Gründen, weil an das, was ich eben skizziert habe, zwei wenig beruhigende Vermutungen auch für den Politiker zu knüpfen sind:

Erstens, die totalitäre Versuchung liegt mindestens so stark in ihren Gesten wie in ihrem Gehalt.

Zweitens, die Verführungskraft totalitärer Ideologien dürfte mindestens so sehr an der unveränderlichen menschlichen Konstitution als an irgendwelchen konkreten historischen Konstellationen gebunden sein.

Geschlossene Weltanschauungen – und das ist ein Fazit – bleiben deshalb eine dauerhafte Verlockung, und sie bleiben eine dauerhafte Gefährdung für den einzelnen und für die offene Gesellschaft, in der er lebt. Unsere Gedenkstätten sind Orte der Aufklärung und sie sind Orte der Demokratiesicherung. Eine Anatomie des SED-Sozialismus im Täterort des Befehlsstandes der kommunistischen Geheimpolizei gehört mit in diese Konzeption hinein. Nirgends kann die Illusion vom guten Kern des Staatssozialismus nachhaltiger zertrümmert und nirgends kann eindringlicher verdeutlicht werden, wie avancierter Totalitarismus funktioniert und wie leiser Terror wirken kann. Und es ist zugleich ein Ort des Gedenkens an die Opfer unter Beweisnot. Die Opfer unter Beweisnot, die das Folterwerkzeug nicht vorweisen und die Folterknechte nicht kennen können, also an jene Menschen, die ihre Wunden nicht auf dem Körper, sondern die ihre Wunden in ihren Seelen haben. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Herr Henke, haben Sie herzlichen Dank für diesen eindringlichen Appell, die leise Diktatur nicht zu übersehen, die mit den Methoden und Mitteln des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts arbeitet. Herr Reichel, wieweit hat es die alte Bundesrepublik vermocht, die Erinnerung an die nationalsozialistische Diktatur und ihre Verbrechen in Form von Denkmälern, Gedenkstätten und Erinnerungen festzuhalten? Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Peter Reichel: Meine Damen und Herren, die Zeit ist fortgeschritten. Ich versuche es kürzer zu machen, als ich ursprünglich vorhatte. Sie haben hoffentlich das vorab vorgeschickte Thesenpapier vor sich liegen. Ich habe meine Ausführungen um vier Thesen aufgebaut und ergänze diese vier Thesen um einen weiteren fünften Punkt mit Vorschlägen für Korrekturen der bestehenden Erinnerungskultur, also ein etwas ketzerischer Beitrag vielleicht, aber auch das oppositionelle Moment der Erinnerungskultur soll und muß ja heute, denke ich, hier betont werden, und schließlich auch mit einer Empfehlung für eine zukünftige Geschichtspolitik.

Erste These: Totalitäre wie nichttotalitäre politische Systeme sind in ihrer je aktuellen Gegenwart auf den Umgang mit Vergangenheit angewiesen. Er dient der sozialen Binnenintegration der kulturell vermittelten kollektiven Identitätsbildung und der politisch-symbolischen Herrschaftslegitimierung. Jedes Gemeinwesen muß wissen und sinnlich erfahrbar machen, worauf es gründet und woher es kommt. Man sollte deshalb nicht einseitig und abwertend vom totalitären Mißbrauch der Geschichte, z. B. in der früheren DDR sprechen. Geschichtspolitik ist legitim. Die nationalen Unterschiede werden erst sichtbar, wenn man dies anerkennt. Die Rede vom Mißbrauch der Vergangenheit erweckt, ob beabsichtigt oder nicht, den Eindruck, daß nur oder vor allem totalitäre Systeme die Vorgeschichte ihrer politischen Ordnung für aktuelle Zwecke instrumentalisieren. Und weil dies eben unter totalitären Bedingungen geschieht, Geschichte mithin ideologisch einseitig gedeutet und genutzt wird, ist eben gern aber irreführend vom mißbräuchlichen Umgang mit ihr die Rede. Eine solche Sicht ist auch deshalb bedenklich, weil auf diese Weise Ge-

schichtspolitik zumindest implizit abgewertet wird. Der Unterschied ist demnach der, daß in demokratischen Gesellschaften über den Gebrauch und seine variable Grenze zum Mißbrauch hin kontrovers diskutiert werden kann, in totalitären Systemen aber nicht. Will man verstehen, daß und warum Vergangenheit für jedes politische System eine unverzichtbare kulturelle Ressource ist, wie und wozu immer sie genutzt wird, dann muß man Geschichtspolitik und Erinnerungskultur systemvergleichend betrachten, und natürlich auch im Zeit- und Generationenvergleich verfolgen. Dann muß man nach den Akteuren und ihren Interessen an der Geschichte fragen, nach dem jeweils dominanten historischen Bezugseignis und den darauf bezogenen offiziellen Deutungen und natürlich auch nach den oppositionellen Gegendeutungen.

Zweite These: Im Zentrum eines solchen Vergleichs stehen jene Länder, die aus der Zerschlagung des großdeutschen Reiches mittelbar oder unmittelbar neu entstanden sind, die Bundesrepublik, die DDR, Israel und Österreich. Sie mußten an Ereignisse anknüpfen, die außerhalb der NS-Herrschaft liegen, aber mit ihr in ursächlicher Verbindung stehen. Diese Länder haben ihre neue politische Ordnung gleichsam durch eine nachträgliche Reparatur der Geschichte legitimieren müssen. Dadurch wurde die NS-Vergangenheit, wenn man so will, in zweifacher Weise aufgehoben, im kollektiven Gedächtnis der öffentlichen Erinnerungskultur und in den Korrekturen der politischen bzw. gesellschaftlichen Verhältnisse.

Aus Zeitgründen gehe ich direkt auf die Bundesrepublik ein und damit zur dritten These über.

Drittens, die Bundesrepublik versuchte die Strukturschwächen der ersten deutschen Republik in ihrer institutionellen und politisch kulturellen Ordnung zu korrigieren. Ihr Bezugseignis wurde das Jahr 1930, der Übergang von der parlamentarischen zur Präsidialdemokratie Weimars. Der Beginn der Selbstzerstörung der Weimarer Republik wurde im Westen Deutschlands als die entscheidende Bedingung für die Machtbeteiligung und Machteroberung der Nationalsozialisten angesehen. Als erklärter Nachfolger und treuhänderischer Nachlaßverwalter des aufgelösten „Großdeutschen Reiches“ mußte sich die alte und muß sich auch die neue Bundesrepublik der gesamten Erblast und der ganzen Geschichte annehmen, so kontrovers das in den einzelnen Fragen auch war und teilweise noch ist. Von der ständigen Warnung vor der Gefährdung durch politischen Extremismus über die moralische Verpflichtung zur Entnazifizierung, Strafverfolgung und Wiedergutmachung bis hin zu umfassender Aufklärung und kollektiven Erinnerung. Eben deshalb zeigen sich im öffentlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit jeweils generationen- und sehr zeittypische Akzente und Blickverengungen. Geschichtspolitik und Erinnerungskultur der frühen Bundesrepublik sind durch das geprägt, was Friedrich Meinecke als deutsche Katastrophe bezeichnet und mit der Dämonie Hitlers, dem Machtrausch im deutschen Bürgertum und dem entarteten Militarismus näher umschrieben hat. Diese Sichtweise betonte den Bruch in der deutschen Geschichte und überbetonte Hitler sowie den totalitären Herrschafts- und Propa-

gandaapparat. Sie überbetonte auch die Zäsuren von 1933 und '45, was bis heute in unserer Erinnerungskultur nachwirkt. Die populäre Betriebsunfallthese löste jene Zeit wie einen Fremdkörper aus der Kontinuität der deutschen Geschichte heraus. Soweit eine öffentliche Gedenk- oder Erinnerungskultur mit Einrichtungen und Aktivitäten hervortrat, galten diese zunächst den eigenen Toten, den Soldaten und den zivilen Kriegsopfern.

Demgegenüber rückt seit den späten 70er Jahren mehr und mehr die jüdische Katastrophe in das Zentrum des allgemeinen Interesses. Auschwitz ist inzwischen zur Metapher einer ganzen Epoche geworden, was der gegenwärtigen Erinnerungskultur ihr auffälliges Gepräge gibt. Wiederaufbau von Synagogen als Gedenkstätten, Deportationsmahnmale und viele lokale Erinnerungszeichen für die schrittweise Ausgrenzung und schließlich Ermordung der jüdischen Minderheit, der Streit um das Holocaust-Mahnmal und das Jüdische Museum hier in Berlin und die Entscheidung für den 27. Januar als offiziellen Holocaust-Gedenktag. In der Summe garantieren diese Akzente eine Tendenz, den Nationalsozialismus aus der deutschen Geschichte abermals herauszulösen und nun unter der Epochenmetapher Auschwitz in den allgemeinen Zusammenhang von Zivilisation und Barbarei zu stellen. Jedenfalls ist unverkennbar, daß das heutige auch massenmedial erzeugte und verbreitete NS-Bild die NS-Zeit eher als Katastrophenkino und Politkrimi präsentiert. Dieses Bild ermöglicht kein Verständnis mehr, das von der Entstehung des NS-Staates aus den Krisen und Konflikten der Weimarer Republik ausgeht. Damit wird zugleich ein grundlegender Zusammenhang unkenntlich gemacht, mit dem viele meiner Generation in den Nach-68er-Jahren groß geworden sind, daß nämlich die Hauptverantwortung für den Hitler-Staat nicht bei der gespaltenen Arbeiterbewegung Weimars liegt, sondern bei den deutschen Oberklassen und der Bündnispolitik der deutsch-nationalen Kräfte.

Viertens, die Memorialkultur ist im Vergleich mit den anderen erinnerungskulturellen Handlungsfeldern – das ist nun nach dem heutigen Tag und auch schon vorher deutlich geworden und klar – die Hauptarena öffentlicher Erinnerungskultur und staatlicher Geschichtspolitik. Dort sind Parlamente und Regierung traditionell am stärksten gefordert. Dort müssen sie sich langfristig engagieren, zumal sie es wohl auch zukünftig mit mehreren grundlegenden Konflikten zu tun haben.

Erstens, umstritten ist heute vor allem die historische Einordnung des Nationalsozialismus insgesamt, wohl mehr als je zuvor, und umstritten ist die Bewertung bzw. Erklärung von bestimmten Einzelproblemen. Ich nenne nur Widerstand, Wehrmacht, Holocaust.

Zweitens, umstritten ist das summarische Gedenken „an die Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft“ und damit die Nivellierung des vormaligen Täter-Opfer-Verhältnisses. Die Stichworte für die spektakulären Ereignisse und Beispiele sind der 8. Mai 1985 und die Auseinandersetzung um die Neue Wache. Zumal unter dieser „VdK-Formel“ das Spezifikum des nationalsozialistischen Völkervernichtungskrieges unkenntlich gemacht wird und die ungleichen To-

ten gleichermaßen als „Opfer“ bezeichnet, die getöteten Täter und ihre Helfershelfer damit aber nobilitiert werden. Der Streit darüber schwelte in den Jahren der wiederholt geführten Auseinandersetzung um das dauerhafte Gedenkstättenprovisorium auf dem Bonner Nordfriedhof und erreichte im internationalen Skandal um die deutsch-amerikanische Gedenk- und Versöhnungsveranstaltung zum 40. Jahrestag des 8. Mai 1945 in Bitburg und Bergen-Belsen sowie eben in der Debatte um die Neue Wache ihre bisherigen Höhepunkte.

Drittens, umstritten ist ferner der angemessene denkmalkünstlerische Ausdruck sowie die angemessene kalendarische Verankerung von Gedenktagen für die feierlich ritualisierte Hervorhebung des öffentlichen Gedenkens an die Toten der Kriege und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Die Stichworte sind das Holocaust-Mahnmal und der 27. Januar. Die Frage nach dem Ob und Wie der denkmalkünstlerischen Vergangenheitsrepräsentation ist im Streit um das geplante Berliner Holocaust-Mahnmal erneut zugespitzt worden. Zumal die Monumentalität der meisten Entwürfe jene gewichtigen denkmalkünstlerischen Beiträge ignorierte, die Erinnerung an das unwiederbringlich Verlorene nur noch als Leerstelle, als Lücke oder als Hohlform, als sichtbar Unsichtbares und als ephemere Denkmalinstallation zum Ausdruck bringen und damit eben eher an das Vergessen erinnern als an die Vergangenheit selbst. Herr Vogel hat heute morgen für ausdrückliche Zurückhaltung in der Setzung von Denkmälern gesprochen und auf den wiederholten Abriß von Denkmälern verwiesen, auch auf ihren Mißbrauch. Dagegen ist natürlich das Argument zu halten, daß Steine in der Öffentlichkeit Steine des Anstoßes sein können. Auf jeden Fall denke ich, sind sie unentbehrlich für die sinnliche Vermittlung von Vergangenheit, über literarisches und abstraktes Geschichtswissen hinaus.

Die Frage nach einem angemessenen Gedenktag hat die öffentliche Meinung weit weniger interessiert. Der 8. Mai, der 20. Juli und der 9. November gehören inzwischen zwar zum unstrittigen Gedenktagsrepertoire der alljährlichen Erinnerung an die NS-Vergangenheit, was wiederholte Kontroversen und Peinlichkeiten natürlich nicht ausschließt. Die kurze Debatte um den 9. November als möglichen nationalen Feier- und Gedenktag ist, als man die Verfünglichkeit der historischen Mehrfachbezüge dieses Datums erkannte, schnell zugunsten des 3. Oktober als Staatsgründungsfeiertag beendet worden, dem allerdings jeder Glanz, jede Aura fehlt, wie das bei notariellen Beurkundungsterminen so üblich ist.

Viertens, umstritten ist schließlich der politische und volkspädagogische Nutzen kontinuierlichen Gedenkens und Mahnens. Die unmittelbare meinungsbildende und einstellungsprägende Wirksamkeit von Denkmälern, Gedenktagen und Gedenkstätten ist kaum nachzuweisen von ihrer präventiven Kraft gar nicht zu reden. Diese, die präventive Kraft, wird möglicherweise auch dann überschätzt, wenn sich mit der Entstehung und Nutzung von Denkmälern ein

langjähriger öffentlicher Streit verbindet. Gleichwohl gilt die Gedenkkultur als unverzichtbarer Bestandteil unserer politischen Kultur.

Wir verdrängen die NS-Vergangenheit nicht mehr, wir erinnern an sie und entsorgen sie zugleich. Sowenig die historische Hypothek getilgt werden kann, so sehr soll aus der vorbildlichen Vergegenwärtigung der Vergangenheit ein Vorteil erwachsen, zumal die lebenden Deutschen nicht mehr für den Genozid verantwortlich gemacht werden, sondern nur noch für den kulturellen und politischen Umgang mit ihm. Deshalb nimmt sich das offizielle Gedenken so bereitwillig der fremden Opfer an, vorzugsweise der ermordeten Juden, und so ungern der eigenen Täter unter unseren Vorfahren. Es ist leichter, ästhetisch genußvoll und auch emotional erhebend und überhaupt dem nationalen Image förderlicher, an die ermordeten Juden zu erinnern als danach zu fragen, wie staatlich organisierte Völkermorde entstehen und wie aus vorbildlichen Beamten, pflichtbewußten Soldaten und akademischen Karrieren Massenmörder hervorgehen können.

Ich komme zum letzten Punkt: Meinen Empfehlungen für eine künftige Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Ich unterscheide, ich hatte das schon angedeutet, vier erinnerungskulturelle Handlungsfelder mit je eigenen Politisierungspotentialen, mit denen es die Geschichtspolitik zu tun hat. Das erste, die künstlerische und massenkulturelle Vergangenheitsrepräsentation, zweitens die Zeitgeschichtsforschung, drittens die politische und Rechtsordnung und viertens, das ist eigentlich das, worüber wir mehr oder weniger ausschließlich gesprochen haben, die Erinnerungskultur im engeren Sinne. Ich hatte schon vorgeschlagen, sie als Memorialkultur zu bezeichnen. Bund und Länder haben von der Natur der Sache her in den beiden zuerst genannten Handlungsfeldern nur indirekte Funktionen, um so stärker ist ihr Engagement finanziell, rechtlich, moralisch in den beiden anderen.

Meine Empfehlungen sind in drei Punkten die folgenden:

Erstens, neu diskutiert und gegebenenfalls revidiert werden sollte die Entscheidung, die den 27. Januar, den Tag der Befreiung von Auschwitz, zum Holocaust-Gedenktag gemacht hat. Dieser Gedenktag ist dem Volkstrauertag und dem 9. November als Tag der Erinnerung an die Reichspogromnacht von 1938 hinzugefügt worden. Er konkurriert mit ihnen und relativiert damit auch, was er hervorheben möchte, nämlich die Erinnerung an die ermordeten deutschen und europäischen Juden. Im übrigen steht uns dieser Tag zur symbolischen Nutzung nicht zu, er gehört den Befreiern, vor allem aber den überlebenden Juden, die sich allerdings, aus guten Gründen wie ich denke, für einen anderen Shoah-Gedenktag entschieden haben. Herr Vogel hatte heute morgen noch einmal gegen den 9. November plädiert, nicht zuletzt wegen der verhänglichen gegensätzlichen Bezüge. Man kann dieses Argument, aus meiner Sicht muß man es sogar, umkehren und sagen, gerade weil unsere Geschichte so gegensätzlich ist, wie sie in diesem Jahrhundert sich darstellt, wäre der 9. November sicherlich der schwierigste, der heikelste, der unbequemste Tag, aber er wäre inhaltlich auch besonders geeignet, in den Medien und in den

Parlamenten über die Widersprüche unserer Geschichte zu debattieren, öffentlich also und einmal im Jahr. Wer dagegen argumentiert, daß die Neonazis einen solchen Tag mißbrauchen könnten, übersieht die Notwendigkeit öffentlicher Kontroversen für die nationale Integration und Konsensbildung. Wenn Sie gestern abend ferngesehen haben, dann konnte man nicht übersehen, daß die Medien sich dieses Spektakel nicht entgehen lassen. Sie greifen das in allen Sendern auf, während aus der politischen Handlungsebene dazu keine entsprechenden Beiträge gekommen sind. Die Politik schweigt, aber die Medien werden weiterhin versuchen, den 9. November in seinen gegensätzlichen Bezügen zu thematisieren.

Zweitens, neu diskutiert und gegebenenfalls revidiert werden sollte die Entscheidung für zwei nationale historische Museen. Das Deutsche Historische Museum in Berlin und das „Haus der Geschichte“ in Bonn sind Einrichtungen der alten Bundesrepublik und Ausdruck ihres doppelten oder, wenn Sie so wollen, zweideutigen Vergangenheitsbezuges, insofern sich der westdeutsche Teilstaat einerseits als Neugründung der Nachkriegszeit verstand und andererseits, ich sagte es schon, als Treuhänder und Nachlaßverwalter in der Nachfolge des Deutschen Reiches. Das vereinigte Deutschland verlangt nach einer neuen Darstellung der nationalen Vergangenheit. Ob in der diskursiv pluralistisch offenen Form des Forums mit wechselnden Ausstellungen, Themen und Deutungen oder in der Form einer Sammlung mit einem langfristig festgeschriebenen Ausstellungskonzept und definitivem Geschichtsbild, wie dieses jetzt im ehemaligen Zeughaus Unter den Linden vorbereitet wird. Eine Zusammenfassung beider Häuser in Berlin erscheint mir jedenfalls für die Zukunft zwingend.

Drittens und letztens, diskutiert und gegebenenfalls eingeführt werden sollte das Amt eines dem Bundestag verantwortlichen Beauftragten für Staatssymbolik und Memorialkultur. Das sollte kein Amt zur Vermeidung von Pannen und Peinlichkeiten sein. Angesichts der Fülle von Problemen und Konflikten im Bereich der Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, die für die Bundesrepublik image- und integrationspolitisch von hoher Relevanz sind und angesichts der Vielzahl von Denkmälern, Gedenkstätten, Gedenktagen, historischen Museen und anderen Formen medialer Vergangenheitsrepräsentation besteht aber, so denke ich, ein hoher Bedarf an Information, Koordination und vielleicht auch Konsensbildung. Dieses Amt würde an das des Reichskunsthauptwartes der Weimarer Republik anknüpfen. Und es findet schließlich auch in anderen Demokratien eine Entsprechung. Israel hat in den 50er Jahren eine solche Institution eingeführt. Dieses Amt hätte nicht zuletzt die Aufgabe, nationale Blickverengungen zu korrigieren und in die Öffentlichkeit zu vermitteln, daß sich zahlreiche Länder mit ihrer Erblast aus der Geschichte Hitler-Deutschlands abmühen, im Augenblick mehr denn je. Und daß sie es tun, wie sie es tun und warum sie es tun, und daß das schließlich auch mit unserer Geschichte und unserer Selbstdarstellung im eigenen Land zu tun hat. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Herzlichen Dank Herr Reichel. Herr Overesch, Sie müssen, um an die Ausführungen Ihres Vorredners anzuknüpfen, die Geschichtspolitik eines Staates deutlich machen, der letztlich ein Satellitenregime war, und darstellen, wie weit die SED, und da verbietet es sich, von DDR zu sprechen, ihre Geschichtsmythologie, die ihre Herrschaft als Weltanschauungspartei legitimieren sollte, ausgebildet hat. Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Manfred Overesch: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich habe meinen Auftrag etwas erweitert verstanden, so wie er mir schriftlich vorgelegt wurde, nicht nur über den Antifaschismus zu sprechen, sondern auch Empfehlungen auszusprechen für den historischen Lernort, und ich bitte, mir beide Möglichkeiten zu gewähren. Gleichwohl will ich mich an die vorgegebene Zeit von 15 Minuten zu halten versuchen. Dazu ist es auch geeignet, meine Ausführungen auf einen einzigen Lernort zu konzentrieren, nämlich auf Buchenwald. Ich habe dafür die folgenden Gründe:

Erstens wurde Buchenwald sofort nach seiner Befreiung politisch wichtig. Zweitens ist dieser Ort tatsächlich der wichtigste Ort des verordneten Antifaschismus in der DDR geworden. Drittens ist in Buchenwald besonders das „Unkraut der Legendenbildung“ aufgeschossen. Da nehme ich den Begriff, der mir sehr gut gefallen hat, von Herrn Ministerpräsident Vogel von heute morgen wieder auf. Und viertens ist Buchenwald in seiner Wirklichkeit bis 1945 und auch danach ein großer Lernort. Ein Lernort nicht so sehr für den praktizierten, sondern vielmehr für den theoretisch-programmatischen Widerstand gegen das Dritte Reich und damit ein Lernort für die Demokratie.

Zum Stichwort Instrumentalisierung des Antifaschismus darf ich mit einem Plakat beginnen. [Prof. Overesch zeigt Plakat]. Mit diesem Plakat wurde in der DDR zum 14. September 1958 geworben, in einer Auflage von etwas mehr als einer Million. Sie sehen in der zentralen Mitte ein „V“, gestaltet von jenen Länderfahnen, die symbolisch stehen für die Gefangenen des Lagers. Eingegliedert von diesem „V“ ist ein auf der Spitze stehendes rotes Dreieck, das als Zeichen für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes steht. Lodernd sehen Sie dann oben die Flammen das Dritte Reich verzehren. Aus den verzehrenden Flammen ragt der neue Glockenturm als siegreiches Symbol der Zukunft auf. Dieses Plakat steht in besonderer Weise für den ersten Punkt meines Referates, nämlich für die Instrumentalisierung des Antifaschismus. Ich habe meine Ausführungen schriftlich Ihnen vorlegen lassen. Ich wollte zwecks Verkürzung der von mir in Anspruch zu nehmenden Zeit diese nun in fünf Punkten zusammenfassen.

Erstens, die Amerikaner sind es, die auf dem politischen Erbe Buchenwalds 1945 das Land, oder wie es damals noch hieß, die Provinz Thüringen aufbauen. Dafür könnte ich als personale Beispiele auf den ersten Regierungschef des Landes und den ersten Oberbürgermeister Weimars hinweisen.

Zweitens, nachdem die Amerikaner gegangen waren, zum 30. Juni 1945, drängten die Moskauer Remigranten mit Ulbricht an der Spitze die kommunistischen Häftlinge aus dem Konzentrationslager Buchenwald ins politische Abseits. Man kann also keineswegs eine Kontinuität der antifaschistischen Theorien von 1945 bis 1958 herstellen, sondern die kommunistischen Häftlinge Buchenwalds werden zunächst, nachdem sie für den Aufbau Thüringens schon aktiv geworden waren – bis zum 30. Juni –, ins politische Abseits wieder abgedrängt. Hier sind selbstverständlich Machtfragen entscheidend gewesen.

Drittens, der VVN, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, wird die Organisation der Erinnerung an die Leiden der Häftlinge seit Februar 1947, in dem Augenblick wird sie gegründet, übertragen. Das erste Ergebnis der Arbeit der VVN ist eine Ausstellung, betitelt „Das andere Deutschland“. Interessanterweise wurde sie am 2. September 1948 hier in Berlin im ehemaligen Reichspräsidentenpalais eröffnet, also am Tag nach der Arbeitsaufnahme des Parlamentarischen Rates in Bonn. Diese Ausstellung ist deswegen wichtig, weil sie der Vorläufer aller folgenden Ausstellungen zu dem Thema „Das andere Deutschland“, also der Buchenwald-Ausstellungen, geworden ist.

Viertens, erst nach dem 17. Juni 1953 entdeckte die SED den Zwang zur Selbstlegitimation durch das antifaschistische Erbe. Am 2. Dezember 1953 erließ das ZK der SED die Aufforderung: „In Buchenwald ist eine Gedenkstätte zu bauen.“ Das dauerte einige Jahre. Als die Gedenkstätte dann eingeweiht wurde am 14. September 1958 – ich zeigte Ihnen das Plakat –, sagte Grotewohl in seinen eigenen Formulierungen – wenn man das Original seiner Rede zur Hand nimmt, sieht man das -: „Heute übergeben wir dem deutschen Volk und den Menschen guten Willens in allen anderen Ländern diese nationale Mahn- und Gedenkstätte auf dem Ettersberg, der mitten im Herzen Deutschlands liegt. Weit ins Land weisen Turm und Mauern. Die Flammen aus den Opferschalen zeugen von unserer Liebe und Verehrung für die Toten. Die Glocke des Turmes aber soll weit über das Land hallen. Ihr Klang soll in die Herzen der Menschen sinken und ihnen Kunde bringen von unserer unabänderlichen Entschlossenheit, das Vermächtnis der toten Helden zu erfüllen und nicht eher zu ruhen, bis in der ganzen Welt Frieden, Freiheit walten und Wohlstand der Völker blüht.“ Dieses Schlußwort seiner Rede griff große Traditionen auf, weihte den Ettersberger Turm wie einst den Berliner Reichstag „dem deutschen Volke“, stellte ihn in dessen Mitte, in das Herz Deutschlands, nach Thüringen, machte die DDR zum Sachwalter dieser Mitte und damit des Ganzen. Die Teilung Deutschlands war eine Teilung in Friedfertigkeit und Militarismus, in Fortschritt und Reaktion, zumindest in der Sichtweise Grotewohls, denn er sagte: „Vor der Welt stehen heute zwei deutsche Staaten. Der eine hat aus den Fehlern der deutschen Geschichte gelernt. Er hat gute und richtige Lehren gezogen. Es ist die DDR, ein Staat des Friedens und des Sozialismus. Der westdeutsche Staat aber ist ein Hort der Reaktion, in dem die Militaristen und Faschisten wieder zur Macht gelangt sind und dessen aggressiver Charakter sich in seinen reaktionären Taten zeigt.“ Dieses Vokabular suchte Einfluß

zu nehmen auf die damals in der Bundesrepublik Deutschland geführte Diskussion um eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Für Grotewohl waren seine Einweihungsworte Ausdruck eines politischen Bildungszwanges, der die Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald und die anderer nachfolgender Lager in den Dienst einer Affirmation der DDR-Macht zu stellen sich bemühte. Seit diesem Datum, dem 14. September 1958, wurde das Ensemble auf dem Ettersberg bei Weimar als Ursprungsort einer antifaschistischen Gründungslegende der DDR für Jugendweihen, Soldatenvereidigungen, Gelöbnisse vieler Art, Besucher jeder Nation und Zahl, für Lehrerfortbildungskurse und die politische Bildung schlechthin genutzt, vergleichbar dem Kyffhäuser des deutschen Kaiserreiches, der israelischen Wüstenfestung Massada, der westpreußischen Marienburg für den Nationalsozialismus. Der fünfmillionste Besucher war, natürlich, ein Russe, am 13. Oktober 1970.

Mit diesem Datum, dem 14. September 1958, beginnt sehr offiziell der Antifaschismus, die politische, politisch-didaktische Arbeit mit dem Antifaschismus. Das Thema stellt heraus:

- a) die Leiden der Opfer
- b) den Widerstand der Häftlinge besonders unter kommunistischer Führung
- c) den politischen Ursprung der DDR mitten in Deutschland.

Er ist aber auch verbunden mit einer ungeheuren Legendenbildung. Diese Legendenbildung möchte ich abzubauen helfen, indem ich im zweiten Teil meines Referats der Kommission Empfehlungen für den Umgang mit diesem Ort, konkret am Beispiel Buchenwald dargestellt, geben möchte.

Das politische Erbe Buchenwalds muß man bei den Sozialdemokraten und anderen Demokraten suchen, bei dem Magdeburger Ernst Thape z. B., bei dem Österreicher Benedikt Kautsky und vor allen Dingen bei dem Thüringer Hermann Brill. Brill war von 1920 bis 1933 Mitglied des Thüringischen Landtags, 1922/23 Ministerialdirektor im Innenministerium und in dieser Funktion im deutschen Oktober 1923 an der Niederschlagung kommunistischer Aufstandsversuche in Mitteldeutschland wesentlich beteiligt, 1932 als Leiter des parlamentarischen Untersuchungsausschusses gegen Wilhelm Frick Diskussionsführer in der Vernehmung Hitlers, es ging damals um die diesem 1930 verliehene deutsche Staatsbürgerschaft. Brill war im Widerstand 1936 in Berlin theoretischer Kopf der Deutschen Volksfront. Das ist nicht meine Formulierung, sondern die Aktenformulierung der Gestapo. In dieser Eigenschaft wurde er von der Gestapo im September 1938 enttarnt und vom Volksgerichtshof im Juli 1939 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Auf den Ettersberg als „nicht besserungsfähiger Häftling“ von Brandenburg-Görden aus im Dezember 1943 verschickt, sammelte er dort um sich die natürlich konspirativ zu führende theoretisch-programmatische Widerstandsarbeit. Er ist als das eigentliche Zentrum zu nennen, das bezeugen seine politischen Freunde, die mit ihm das Lager überstanden haben, nachzulesen vielfach bei Thape oder Eugen Kogon. Brill trat am 13. April 1945, zwei Tage nach der Befreiung des Lagers mit dem Buchenwalder Manifest „Für Frieden, Freiheit,

Sozialismus“ vor die Öffentlichkeit. Der Titel zeigt den Willen der Autoren an, den Pariser Aufruf der Deutschen Volksfront aus den späten 30er Jahren, damals im französischen Exil von Heinrich Mann, Rudolf Breitscheid und anderen unterzeichnet „Für Freiheit, Frieden, Brot“ aufzugreifen und fortzuentwickeln. Das Buchenwalder Manifest ist ein Dokument des gemäßigten demokratischen Sozialismus. Es enthält die stärksten Aussagen zur radikalen Vernichtung des Nationalsozialismus durch deutsche Gerichte, zum Aufbau einer Republik, zur Befreiung der Arbeit und ihrer Sozialisierung, zu Frieden und Recht, zur Humanität und zur politischen Einheit des Proletariats im Sinne einer Labour-Party. Brills Ausführungen zum Aufbau einer Republik, die, wie er sagt, einen neuen Typ der Demokratie im Auge hatten, variierten die westeuropäische Tradition einer pluralistisch parlamentarischen Demokratie auf der Basis eines Zweiparteiensystems, indem sie deutliche plebiszitäre Akzente hinzufügten, etwa nach dem Beispiel der Schweiz. Die ökonomischen Vorstellungen lagen ganz im Geist der Zeit, dem an dieser Stelle 1945/1946 auch andere politische Gruppierungen, Ahlener Programm usw., anhängen. Brill formulierte da: „Deutschland kann ökonomisch nur auf sozialistischer Grundlage wieder aufgebaut werden.“ Allein bäuerlicher Besitz, sofern er nicht über 100 Hektar ging, sollte enteignet und genossenschaftlich gefördert werden. Alle größeren Industriezweige seien zu verstaatlichen und planwirtschaftlich zu organisieren. Der Geist der Zeit. Diesen ökonomischen und politischen Grundlinien des Buchenwalder Manifests waren Aussagen zu Frieden, Recht und Humanität sowie zur Außenpolitik eines neuen deutschen Staates angefügt. Brill bekannte sich zu einer schuldrechtlichen Verpflichtung der Wiedergutmachung der Schäden, die das deutsche Volk unter der NS-Herrschaft im Ausland angerichtet hatte. Ziel einer neuen deutschen Außenpolitik sollte es sein, „ein gesamteuropäisches Bewußtsein zu schaffen“, seine Formulierung, und „den neuen Typ des deutschen Europäers“ heranzubilden. Es sind Formulierungen, die Thomas Mann zum Beispiel 1953 in Hamburg vor Studenten auch vorgetragen hat. Als den dazu geeigneten Weg formulierte er: „Die erste Voraussetzung dafür sehen wir in der deutsch-französischen und deutsch-polnischen Verständigung und Zusammenarbeit, die zweite im Eintritt Deutschlands in den angelsächsischen Kulturkreis“, „beides“, so fügte er hinzu, „im engsten Einvernehmen mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“. Diese Addition, vor allen Dingen der etwas nachgeschobene Hinweis auf die Sowjetunion, läßt redaktionelle Eingriffe verschiedener Hände, auch der Kommunist Walter Wolf hat daran mitgearbeitet, erkennen. Dennoch darf dieses „Manifest für Frieden, Freiheit, Sozialismus“ als das eigentliche politisch-programmatische Erbe des Konzentrationslagers Buchenwald angesehen werden. Die Amerikaner anerkannten das, indem sie Brill am 27. April 1945 vom Ettersberg herunterholten und mit dem verwaltungstechnischen und sodann auch politischen Wiederaufbau der Provinz Thüringen beauftragten. Dadurch konnte versucht werden, was Brills Mithäftling und Freund Ernst Thape, später Minister in Sachsen-Anhalt, am 1. Mai 1945 auf dem Ettersberg als politische Hoffnung seinem Tagebuch anvertraute: „Thüringen ist sozusagen das Seminar für das ganze Reich, das in Buchenwald versammelt ist“, und was Brill

kurz danach in die Worte kleidete: Weimar könne ein deutsches Washington werden. Er ist danach Staatssekretär in der Staatskanzlei in Hessen geworden und war auch im Verfassungskonvent in Herrenchiemsee dabei.

Diese Darstellungen lassen in meinen Augen erkennen, daß die Gedenkstätte Buchenwald in die traditionsformenden Kräfte einer politischen Bildung Deutschlands unbedingt gehört. Nirgendwo sonst ist aus dem deutschen Widerstand im eigenen Land gegen das Dritte Reich eine solche in die demokratische und außenpolitische Zukunft Deutschlands weisende moderne Programmatik mit treffsicheren Zielrichtungen verfaßt worden.

Meine Zusammenfassung: Buchenwald ist ein Ort heute exakt verifizierbaren historischen Geschehens und ein Ort manipulativ abgeleiteten politischen Bewußtseins. Buchenwald ist ein Ort der Fakten und Fiktionen. Es ist aber auch ein Ort bisher übersehener politisch-programmatischer Widerstandsarbeit in der Tradition der demokratischen europäischen Ideengeschichte. Buchenwald ist als Ort für das kollektive Gedächtnis der deutschen Nation aufzuarbeiten und als Lernort der Demokratie zu nutzen. Es ist an ihm exemplarisch zu lernen:

Erstens, wie sich die nationalsozialistische Diktatur verstanden und verhalten hat.

Zweitens, wie die nachfolgende SED-Diktatur, sich selbst auf diese Weise offenbarend, damit in einem die Wahrheit verformenden bzw. noch mehr eliminierenden Zwang zur Selbstlegitimation umgegangen ist.

Und drittens, wie eine Häftlingsgruppe verschiedener demokratischer Richtungen in einer existentiellen Bedrohungsphase ihres Lebens aus dem demokratischen Gedankengut der europäischen Geschichte und ihren praktischen parlamentarischen Erfahrungen während der Weimarer Republik ein theoretisch-programmatisches „Manifest für Frieden, Freiheit, Sozialismus“ für den politischen Wiederaufbau Deutschlands und seine Eingliederung in den angelsächsischen Kulturkreis erarbeitete, das ein gesamteuropäisches Bewußtsein schaffen und den neuen Typ des deutschen Europäers heranbilden sollte.

Für die politische Bildung in Deutschland ist der Ettersberg bei Weimar aufgrund dieses politischen Erbes ein topographischer und didaktischer Höhepunkt. Dieser Tatbestand hat in der gegenwärtigen Ausstellung auf dem Ettersberg leider keine entsprechende Beachtung gefunden. Herr Ministerpräsident Vogel erinnerte heute morgen an ein Zitat des griechischen Philosophen Polybios. Ich darf zum Schluß eins des griechischen politischen Historikers Thukydides aufgreifen, der an seinem Beispiel der athenisch-spartanischen Kämpfe sagte, sie aufzuschreiben und aus ihr zu lernen sei ein Ktéma eis aei, ein Besitztum für immer. Buchenwald würde ich diese Qualität zumessen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Haben Sie herzlichen Dank, Herr Overesch. Bevor ich als letztem auf dem Podium dem Dr. Fischer das Wort gebe, möchte ich uns alle gemeinsam auf eine Schwierigkeit hinweisen. Um

18.00 Uhr ist hier definitiv Schluß, wir haben noch eine gute halbe Stunde. Herr Dr. Fischer, Sie haben das Wort.

Dr. Peter Fischer: Der Vorsitzende hat mir gestattet, und ich möchte mich auch bedanken dafür, daß ich hier vom Platz sprechen kann. Ich bedanke mich für die Gelegenheit, daß ich überhaupt hier sprechen kann. Die Ironie des Schicksals will es, daß ich schon einmal in einer solchen Anhörung als letzter sprechen durfte. Heute bin ich gefragt worden, ob ich über eine subjektive Sichtweise, über mein Erleben im Umgang mit Gedenkstätten hier etwas äußern darf und oder will. Das möchte ich. Ich kann es nicht exakt verifiziert zu meiner Person in bezug auf Gedenkstätten sagen. Ich will vielleicht mehr sagen, das ist ein Häutungsprozeß wie bei einer Zwiebel. Manchmal sticht es auch ziemlich scharf dabei oder es hat gestochen, und wenn ich zurückgucke, dann ist das für mich auch nicht nur etwas ganz Klares aus heutiger Sicht, es ist auch heute noch ein für mich sehr widersprüchliches Geschehen.

Als Sohn jüdischer Emigranten in London 1944 geboren, ist man in der DDR groß geworden und hat mit den entsprechenden ideologischen Prägungen sehr lange und sehr weit und sehr schwer in seinem Rucksack die politische Geschichte der Eltern getragen und damit auch ein Prinzip Hoffnung. Gehemmt, meine Eltern hatten keine Familienangehörigen mehr, natürlich durch viele Tabus, andererseits sensibilisiert durch die Empfindsamkeiten, die einen in einem solchen Sinn, in einer solchen Familie einfach als „Gratisdienst“-Erwerb zufließen. Ich gehörte zu denen, die bei der Eröffnung der Gedenkstätte Sachsenhausen im FDJ-Hemd dabeistanden unter Tausenden. Ich gehörte zu jenen die, ich glaube, ich habe es sogar noch zu Hause, das Abzeichen, das fast genauso aussieht wie dies Symbol, das der Vorgänger hier auf dem Plakat gezeigt hat, möglicherweise irgendwann auch am FDJ-Hemd noch getragen haben. Ich kann mir das gut vorstellen. Denn es war doch für mich damals eine normale Zeit, bei aller Naivität, man hatte das Pioniertuch eigentlich nicht abgelegt, wenn man das FDJ-Hemd trug. Aber es gehörte doch im Zeitgeist zu einem Normalverständnis eines Menschen aus einer solchen Familie wie der meinen, daß man sich mit dem, was dahinterstand, ob es nun in der Form richtig ausgedrückt wurde oder nicht, identifizierte. Das muß ich auch in aller Offenheit sagen. Und ich glaube, es gibt auch eine Dialektik, die zu beachten ist, zwischen dem, was sich in der DDR entfaltete und äußerte und dem, was in der Bundesrepublik sich nicht entfaltete oder in Westdeutschland damals sich nicht so zeigte. Und Instrumentalisierungen sind von der Seite her ja direkt perforiertes Papier, sind ja direkt angelegt. Ich habe von der Seite her ein bißchen ein Problem, das alles immer so leicht in einer Schwarz-Weiß-Malerei zu sehen, das sage ich ganz offen. Auch was den verordneten Antifaschismus betrifft, möchte ich mich etwas differenziert äußern, aus meiner subjektiven Erfahrung. Was ich schon sehr frühzeitig wußte, hörte, zu der damaligen Zeit war es ja auch bekannt, daß die Amerikaner der Weimarer Bevölkerung befohlen hatten, sich das anzuschauen. Das war ja auch nicht unbekannt und für mich vielleicht verständlich und irgendwo auch normal, daß es einen gewissen „verordneten Antifaschismus“ gibt und daß es positiv ist, daß es vielleicht auch

notwendig ist, wenn ein gewisser Druck ausgeübt wird, sich dieser Geschichte in dieser Weise zu stellen, und zwar aus dem Zeitgeist heraus. Heute sieht die Sache vielleicht anders aus. Ich habe es zumindest damals so verstanden, und ich sollte heute hier über meine subjektive Wahrnehmung etwas sagen.

Die Häutung, von der ich sprach, passierte dann wenig später. Mein Vater nahm mich nämlich mit in ein Konzentrationslager, in dem er selber drei Jahre war. Und wir gingen dort auf den Spuren seines Erlebens. Und er erzählte mir Geschichten. Zum Beispiel diese: er war in einer Gärtnerei tätig, als Lungenkranke durch solidarische Hilfe dorthin gelangt und hat sicherlich dadurch auch überlebt, und er hatte eine Schwalbe im Gewächshaus mit vielen Mühen der Mitgefangenen und auch mit Toleranz von SS-Leuten ermöglicht. Bis einige merkten, das ist ein Symbol des Lebens, und das hat viel mehr symbolische Bedeutung, als man vielleicht dem Tierchen der Natur gegenüber ansah. Mein Vater hat mir eigentlich ein Bild sowohl der Häftlingsgesellschaft, besser gesagt der Gefangenengesellschaft, als auch der Tätergesellschaft in großer Differenzierung vermittelt. Er sprach z. B. auch immer von einem SS-Mann aus der Wachmannschaft, den er sucht und der sich sehr anständig verhalten hat, der vielen geholfen hat. Ich bin also auch mit einem solchen Gedanken groß geworden und nicht einer pauschalen Beurteilung.

Diesem Ereignis, diesem Besuchstag gegenüber, mußte zwangsläufig alles, was ich später erlebt habe in Bezug auf Führung oder auf die sinnliche Wahrnehmung einer Gedenkstätte zurückbleiben. Das ist klar, bildete einen Maßstab, hat mich aber auch veranlaßt, über das normative Gedenken, das gesetzt war, immer wieder nachzudenken, und war von der Seite her auch sehr sinnvoll. Ich habe in der ganzen Legitimation des sogenannten Antifaschismus in der DDR dann sehr bald später natürlich auch all die Instrumentalisierungen gespürt, die auch um unsere Familie herum keinen Bogen machten in der Form, daß also Menschen, die eine gewisse Rolle spielten, zum Denkmal erstarrten und daß sehr vieles, was da gesagt wurde viel mehr Schein als Sein war. Daß eine bestimmte Literatur in der DDR nicht unbedingt gefördert war, wußte ich. Aber ich würde das auch nicht so ganz negativ bewerten, wie das heute morgen hier geäußert wurde. Ich erinnere mich an Franz Fühmann, ich erinnere mich an Anna Seghers, ich erinnere mich schon an sehr differenzierte Literatur aus der Zeit der DDR über die Nazizeit, die mich also auch immer ins Verhältnis zu Gedenkstätten wieder brachten. Ich will ja gar nicht mal sagen Bruno Apitz oder das, was auf Buchenwald sich bezieht, das hat gar nicht die Wirkung bei mir hervorgerufen. Da stand mehr das Kind und das solidarische Moment im Mittelpunkt als das, was an Legenden vielleicht da drum herum gestrickt war. Aber die Instrumentalisierung, auch das, was vollkommen hinter den erstarrten Ritualisierungen ausgelöst wurde, was man also auch im Fernsehen sah, das wurde schon zunehmend als eine Verlogenheit und weit zurückgeblieben hinter dem, was emotional eigentlich für mich annehmbar war, empfunden.

Rituale, ich kann sagen auch dort bin ich für Differenzierung. Ich will mal einen großen Schritt machen. Ich habe bestimmten Ritualen gegenüber zwi- schendurch eine ziemlich negative Meinung gehabt. Am Anfang dieses Häu- tungsprozesses nicht, aber als ich beispielsweise das erste Mal am March of the living in Auschwitz teilnahm, noch in zufälliger Weise weil ich gerade in Polen zu tun hatte, und dann auch in den weiteren Jahren, muß ich sagen, das ist eine andere Form von Ritual. Es war für mich ein unglaublich starkes Mo- ment, immer wieder auch meinen Platz und meine Situation zu empfinden als Mensch, zumal ich dann auch begann, mich aktiv für die Frage des Gedenkens zu engagieren. Ich habe etwas erlebt, was vielleicht nicht ganz typisch ist. Ich bin kein Dutzendtyp in dem Sinne. Das Schlimmste, was ich empfunden habe, ist die mit dem in der DDR praktizierten Antifaschismus verbundene Heuchelei. Und ich würde sagen, der heuchlerische Antifaschismus, der sich mit be- stimmten Erscheinungen in der Darstellung auch der Gedenkstätten, der Aus- stellungen und auch des Auftretens von Menschen dort vollzog, das war das schlimmste, und das war das abstoßendste Moment. Ich habe mich immer ge- scheut, dann die Gedenkstätten zu besuchen in den 70er und 80er Jahren, und habe das auch nicht mehr getan. Als ich in Polen 1987 bei der dortigen Aka- demie arbeitete, fiel mir eines Tages – ich war in Kattowice – an einem Sonn- tag die Decke auf den Kopf und ich bin nach Auschwitz gefahren, habe dort Birkenau besucht und auch nur sinnlich wahrgenommen. Ich habe Jahre vorher im Zusammenhang mit Betreuung studentischer Praktika es immer abgelehnt, selber dahin zu gehen. Ich habe es für mich dann individuell getan, und ich will das jetzt zum Schluß auch noch einmal betonen.

Ich bin überzeugt, Gedenkstätten und die gesamte Erinnerungskultur muß als Angebot unterbreitet werden. Ich halte nichts von den Abordnungen. Es gibt vielleicht Verabredungen, die sinnvoll sind. Aber es ist ein Angebot, und es muß auch hier Pluralität möglich sein, und es muß auch so angelegt sein, daß sie sich ausleben kann dabei. Und ich glaube, so wie Lernprozesse auch höchst individuell nur vollzogen werden können, so kann man niemanden in Bezug auf die Erinnerungskultur das Lernen irgendwie abnehmen oder irgendwo eine Auseinandersetzung ersparen. Deshalb, und das war auch am Ende meines Beitrages damals in Buchenwald hier in der Enquete-Kommission, in dem gleichen Gremium meine Meinung, solche Institutionen wie Jugendbegeg- nungsstätten sind unverzichtbar. Ich habe die Jugendbegegnungsstätte in Aus- chwitz kennengelernt, und das war unglaublich gut für mich in den nächsten Monaten, wo ich dann öfters da war. Das war so elementar wichtig für mich, daß ich dort einen Raum fand, mein Vater lebte ja nicht mehr, es war vieles abgestorben und erstarrt. Aber ich habe unter Menschen, und in dem Fall muß ich sagen als DDR-Bürger unter Menschen aus der Bundesrepublik, unter Ju- gendlichen, in der Jugendbegegnungsstätte Auschwitz, also in gewissem Sinne auch international, etwas Wunderbares erlebt, nämlich die Fähigkeit nach einem gewissen Stau zu sprechen, zu reden, sich frei zu machen. Und ich kann an Sie nur appellieren, jede dieser Möglichkeiten, die heute noch fehlen in den Gedenkstätten, zu unterstützen, daß es solche Räume gibt, in denen man mehr

als nur durch irgendwelche Ausstellungen durchgeht, sondern in denen man dann auch Möglichkeiten, in den Prozeß zu gehen und im Prozeß weiterzukommen, schafft. Das ist zumindest meine subjektiv wichtigste Erfahrung. In dem Sinne, wenn man dabei auch etwas produktiv tut, passiert mit einem selbst auch das Beste, Meiste und auch das Wahrscheinlichste für das Leben des einzelnen Festesten, was man dann auch weitergeben kann an seine Nachfolger. Danke.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Vielen Dank. In gewissem Sinne haben Sie den Bogen geschlagen zu dem, was heute morgen von Dohnanyi in seinem Referat uns ans Herz gelegt hat. Ich sag bewußt ans Herz gelegt hat, daß ohne die individuelle Nachempfindung der Nachgeborenen die Erinnerung, die Erinnerung nicht gelingt. Jetzt kurze Diskussion. Bernd Faulenbach.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ja, ich finde zunächst mal den Vorschlag von Herrn Henke außerordentlich plausibel, sich in der Arbeit nicht nur auf die Stalinismusphase zu beschränken, sondern auch auf diese spätere Phase. Vielleicht können Sie noch ein paar Sätze sagen, wie man sich das vorstellen kann. Man müßte also in der Normannenstraße die Arbeitsweise der Stasi dokumentieren, aber man müßte doch wohl zugleich auch versuchen, die Perspektive aus der Sicht der Bevölkerung, der Betroffenen, der Opfer darzustellen. Das heißt, man bräuchte da dann auch erhebliche Anstrengungen, um diese eben doch sehr viel kompliziertere Phase tatsächlich visualisieren zu können. Wobei manches vielleicht auch gar nicht zu visualisieren ist, man bräuchte also auch andere Formen der Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit.

Herr Reichel, ich wollte nur noch mal nachfragen. Sie wollen den 9. November zum Staatsfeiertag erklären. Wären damit alle anderen Gedenktage erledigt? Vielleicht klären Sie das. Sagen Sie es noch mal klar, wie Ihr Vorschlag präzise in der Frage des Feiertags, des Nationalfeiertags aussieht, ob Sie mehrere Gedenktage haben und einen dann besonders rausheben wollen, und welchen präzisen Stellenwert dann der 9. November bei Ihnen hat. Das ist mir jedenfalls nicht so ganz hundertprozentig klar geworden.

Herr Overesch, Sie wollen die Tradition des demokratischen Sozialismus, der Sozialdemokratie von Buchenwald stärker akzentuiert haben in einer Ausstellung. Ich werde mir daraufhin auch noch mal die Ausstellung ansehen, die gegenwärtig da ist, inwieweit dies tatsächlich so nicht hinreichend vorkommt. Aber habe ich Sie richtig verstanden? Sie wollen dies stärker akzentuiert wissen, aber selbstverständlich ist das nur eine Komponente neben anderen, die Sie dann darstellen wollen? Und es ist ja geplant in Buchenwald eine Ausstellung zu schaffen über den Umgang mit dieser Vergangenheit, dies ist in Arbeit. Dort könnte zumindest die Verfälschung oder der problematische Umgang, den Sie angesprochen haben, thematisiert werden. Jedenfalls habe ich Dr. Knigge so verstanden und auch Ministerpräsident Vogel, daß dieses geplant ist.